München: USA stehen zur NATO, aber Europa muss mehr leisten

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **92 (2017)**

Heft 4

PDF erstellt am: **18.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-731461

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

München: USA stehen zur NATO, aber Europa muss mehr leisten

Die USA stehen zur NATO. Aber Europa muss bedeutend mehr bezahlen, und zwar rasch. Das ist die Quintessenz der Münchner Sicherheitskonferenz vom 17. bis 19. Februar 2017.

Die Verteidigungsminister von der Leyen und Mattis brachten einhellig ihre Botschaft. Die Art aber, wie sie es taten, hätte unterschiedlicher nicht sein können.

- Hier die Deutsche, die ihren Kollegen Jim umschmeichelte, doch selbstbewusst und ohne den Namen zu nennen ein paar klare Botschaften an den amerikanischen Präsidenten richtete.
- Dort ein General, dessen freundliches Votum von jedem Amerikaner hätte stammen können: mit dem Bekenntnis zur NATO und der Aufforderung an die Europäer, endlich mehr Geld für die Verteidigung auszugeben.

Schlüsselwort: Gemeinsam

Von der Leyen nutzte jede sich bietende Gelegenheit, die Bedeutung enger transatlantischer Kooperation hervorzuheben. «Gemeinsam» war das Schlüsselwort, das sie immer wieder einstreute, um die Verzahnung Amerikas und seiner Verbündeten von den gemeinsamen Interessen über Rüstungsobjekte bis hin zur Ausrichtung der NATO hervorzuheben. Die Botschaft hatte aber auch schon einen Subtext. Bilaterale Kooperationen, wie sie Trump favorisiert, erteilte von der Leyen eine Absage.

Mattis: Plan bis Ende 2017

Ähnlich verhielt es sich bei ihrem Umgang mit der nachvollziehbaren Forderung der Amerikaner nach höheren Verteidigungsausgaben. «Wir Deutsche haben verstanden, dass wir nach einer Periode, in der wir die Vorzüge einer Friedensdividende nutzen konnten, jetzt beharrlich investieren müssen in eine Sicherheitsrücklage.» Das Eingeständnis hielt von der Leyen nicht davon ab, in Richtung des grossen Verbündeten Selbstbewusstsein zu demonstrieren. Mattis hatte beim Treffen der NATO-Minister in Brüssel von den Partnern einen Plan bis Ende 2017 gefordert, wie die Europäer zügig ihrer Selbstverpflichtung nachkommen wollen, künftig 2% ihres BIP für Verteidigung auszugeben. Andernfalls, so drohte er, würden die USA ihr Engagement in der NATO verringern.

Kaum verhohlene Kritik

Mattis Forderung bremste von der Leyen mit Verweis auf die Bundestagswahl aus. Das neu gewählte Parlament in Deutschland werde einen neuen Haushalt sicher erst sehr spät verabschieden, «vielleicht auch erst am Anfang des nächsten Jahres».

Die Botschaft: Steigerungen wird es geben, aber sie erfolgen, wann Deutschland es will, und über die Höhe der Schritte wird noch zu sprechen sein.

Bleibt Wertegemeinschaft?

Die Bereitschaft zu gestiegenen Rüstungsausgaben verknüpfte von der Leyen schliess-

Bilder: MSC

Der amerikanische Verteidigungsminister, General James Mattis, wird von der Deutschen von der Leyen in den Saal geleitet.

Übler Rückenschuss

Einen unfassbaren Rückenschuss leistete sich der Schweizer Aussenminister Burkhalter am Rande der Münchner Konferenz.

Am Fernsehen erklärte er, die Konsequenz aus der angespannten strategischen Lage sei nicht Aufrüstung, sondern das seien Gute Dienste, mehr Entwicklungshilfe und dergleichen.

Nun ist Bundesrat Burkhalter nicht für Militärfreundlichkeit oder gar höhere Armeeausgaben bekannt. Vor Jahren beschied er in seinem Büro einem hohen Offizier: «*Quatre milliards, ça suffit*», vier Milliarden, das reicht.

Jetzt aber, vor dem Hintergrund der Weltlage, ist es nur noch Unsinn. Der Letzte löscht das Licht.

lich mit einer Reihe von Erinnerungen, die kaum verhohlen Kritik an Positionen von Präsident Trump erkennen liessen: Die NATO sei eine Wertegemeinschaft (keine Geschäftsbeziehung). Die Bündnispflicht müsse jederzeit gelten (und nicht vom Verteidigungsbudget eines bedrängten Mitglieds abhängen). Verhandlungen mit Russland zur Verbesserung des Verhältnisses dürften nur multilateral erfolgen (nicht ohne oder zu Lasten von NATO-Partnern). Und schliesslich: Die NATO kämpfe gegen islamistischen Terrorismus (und nicht gegen den Islam).

Hoffnung in einem Wort

James Mattis versuchte in seinem knappen Statement gar nicht erst, all die Punkte aufzunehmen, die Ursula von der Leyen zuvor aufgeworfen hatte. Er beschränkte sich darauf, ein generelles Bekenntnis zur NATO abzulegen, verbunden mit einem Lob für die deutsche Führungsrolle in Europa und der abermaligen Forderung nach höheren Rüstungsausgaben noch 2017.

Die vielleicht grösste Hoffnung, dass Mattis, ein bekennender Transatlantiker, seinen Präsidenten in einem entscheidenden Punkt überzeugen konnte, verbarg sich in einem kleinen Wort. Präsident Trump unterstütze die NATO «nun». Wie stark, darauf könnte die Rede von Vizepräsident Mike Pence am Samstagvormittag einen deutlicheren Hinweis liefern. *loh.*

Pence und Merkel uneinig zu den NATO-Kosten

Der amerikanische Vizepräsident Mike Pence und Kanzlerin Angela Merkel.

Vizepräsident Pence, der in München bei seinem ersten grossen internationalen Auftritt als zweiter Mann Amerikas präsidentieller wirkte als sein Präsident, drückte keinen Reset-Button wie sein Vorgänger Joe Biden 2009. Offenbar war es ihm und seinem Team gelungen, aus den bislang widersprüchlichen Signalen seiner Regierung eine klare Botschaft zu formen, die er, so Pence, von Präsident Trump persönlich mitbringe.

«Die USA unterstützen nachdrücklich die NATO und werden in ihren Verpflichtungen gegenüber der transatlantischen Allianz unerschütterlich sein», sagte Pence nach einem Moment der Stille, gefolgt von tosendem Applaus. Das war das Bekenntnis, auf das das Gros der Teilnehmer im Konferenzsaal des «Bayerischen Hofes» gewartet hatte. Ein Versprechen, an der Seite Europas zu stehen, «jeden Tag, weil wir verbunden sind durch dieselben Ideale Freiheit, Demokratie, Recht und Rechtsstaatlichkeit».

Dabei vermied es Pence durchaus nicht, die sicherheitspolitischen Ziele der Regierung Trump in aller Deutlichkeit offenzulegen. Die neue Regierung ist nicht mehr gewillt, die Beistandspflicht unter den Mitgliedern der NATO als eine Hängematte zu offerieren.

Pence machte unmissverständlich klar, dass die Europäer nur dann mit ihnen rechnen können, wenn sie einen «fairen Anteil» zahlen. Eine Forderung, die mit Blick auf die seit Jahrzehnten deutlich höheren Ausgaben der Amerikaner gegenüber denen der meisten anderen Mitglieder die Achillesferse der Europäer darstellt.

Bis 2024, so sieht es die Selbstverpflichtung der NATO-Mitglieder vor, müsste Deutschland das Ziel erreichen. Die Regierung Trump verlangt sogar bis Ende 2017 Pläne, wie dieses Ziel deutlich schneller zu erreichen ist. Merkel kündigte aber an, das Ziel später zu erreichen, und warb zudem indirekt dafür, Ausgaben für Entwicklungshilfe und Krisenprävention künftig mit einzuberechnen, hoffend, dass man keine «kleinliche Diskussion» bekomme – und vielleicht ahnend, dass genau die in den kommenden Monaten auf die Allianz zukommen wird.

Es dürfte nicht die einzige Diskussion bleiben. Pence betonte, dass die amerikanische Regierung gewillt ist, eine harte Haltung gegenüber Iran einzunehmen, und vom massgeblich von Deutschland ausgehandelten Atomabkommen nichts hält.